

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 686 890

2/XVI/176 - 7. August 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2a	<u>Moskau und der "Deutsche Friedensvertrag"</u> Schauspiel mit Worten Was Lenin über "Selbstbestimmung und Annexion sagte"	121
3 - 4	<u>Unberechtigter Optimismus</u> Vereinfachung in der Förderung des Wohnungsbaues steht noch aus Von Dr. Julius Brecht, MdB	101
5 - 6	<u>Bundestreifen der Seliger-Gemeinde in Regensburg</u> Teilnehmer aus zwei Erdteilen	58
6	<u>Ein Sieg des Kommunismus?</u> Der Astronautenflug und die Flucht aus der Zone	36

* * *

Moskau und der "Deutsche Friedensvertrag"

Schamloses Spiel mit Worten

sp - Die jüngsten Sowjetnoten zur Deutschlandfrage und die Moskauer Beschlüsse der Warschauer Pakt-Staaten zum gleichen Problem sind schlechte und ungekornte Versuche der Kommunisten, ihre angeblichen Prinzipien der Vergangenheit aus der Geschichte auszulöschen.

Was man sich in Moskau unter einer "Friedensregelung" vorstellt, bedeutet praktisch die Annexion eines Teiles Deutschlands, verkleidet in die erzwungene Staatswerdung der sogenannten DDR, durch den Sowjetimperialismus von heute.

Prüft man gewissenhaft alle Aspekte der Sowjetnoten und der Moskauer Beschlüsse der Warschauer Pakt-Staaten, so stellt sich heraus, dass Moskau drei Möglichkeiten für eine "Friedensregelung" vorsieht.

1. Die Zementierung der Teilung Deutschlands und Europas.
2. Zwei Friedensverträge mit "zwei deutschen Staaten".
3. Separater Friedensvertrag mit der "DDR".

Alles zusammen ist natürlich bereits unter Punkt 1 festgelegt. Wenn man dem hinzufügt, dass in der Sowjetnote gesagt wird, Adenauer halte sich auf den "Wellen des Kalten Krieges", so muss in aller Sachlichkeit festgestellt werden, dass Moskau mit den Noten die Wellen macht, auf denen - wenn man so will - Adenauer schwimmt.

Wir wollen aber einmal mit Sprache und Terminologie der Kommunisten selbst den von ihnen geschaffenen Zustand in Europa charakterisieren.

L e n i n hat in seiner grossen "Rede über den Frieden" am 26. Oktober 1917 erklärt:

"Ein gerechter oder demokratischer Frieden ... ist nach der Auffassung der Regierung ein sofortiger Frieden ohne Annexionen (d.h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen. Unter Annexion oder Aneignung fremder Territorien versteht die Regierung, im Einklang mit dem Rechtsbewusstsein der Demokratie im allgemeinen und der werktätiger Klassen im besonderen, jede Angliederung einer kleinen und schwachen Völkerschaft an einen grossen oder mächtigen Staat, ohne dass diese Völkerschaften ihr Einverständnis und ihren Wunsch genau, klar und freiwillig zum Ausdruck gebracht haben, unabhängig davon, wann diese gewaltsame Angliederung erfolgt ist, sowie unabhängig davon, wie entwickelt oder rückständig eine solche mit Gewalt angegliederte oder mit Gewalt innerhalb der Grenzen eines gegebenen Staates festgehaltene Nation ist, und schliesslich unabhängig davon, ob diese Nation in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern lebt.

7. August 1961

Wenn irgendeine Nation mit Gewalt in den Grenzen eines gegebenen Staates festgehalten wird, wenn dieser Nation entgegen ihrem zum Ausdruck gebrachten Wunsche - gleichviel, ob dieser Wunsch in der Presse oder in Volksversammlungen, in Beschlüssen der Parteien oder in Empörungen und Aufständen gegen die nationale Unterdrückung geäußert wurde - das Recht vorenthalten wird, nach vollständiger Zurückziehung der Truppen der die Angliederung vornehmenden oder überhaupt der stärkeren Nation, in freier Abstimmung über die Formen ihrer staatlichen Existenz, ohne den mindesten Zwang selbst zu entscheiden, so ist eine solche Angliederung eine Annexion, d.h. eine Eroberung und Vergewaltigung."

Damals rangen die Sowjets um die Anerkennung in der Welt. Sie wollten im Gegensatz zu den "kapitalistischen Siegermächten des ersten Weltkrieges" den Glauben erwecken, sie würden - besonders in Mittel- und Osteuropa - eine andere Politik befürworten als jene, die sich bereits in gewissen Vorarbeiten und Vereinbarungen der damaligen Siegermächte für den Friedensvertrag von Versailles abzeichnete.

Heute, nachdem die Sowjetunion selbst eine Weltmacht geworden ist, wird Lenin in die Ecke gestellt. Die zynische Behauptung in der letzten Sowjetnote, die Wiedervereinigung Deutschlands sei Sache der Deutschen selbst, überschreitet alles an Verlogenheit, was man bisher auf diesem Gebiet kennengelernt hat. Man hat einen Teil des deutschen Volkes vorher in eine Zwangsjacke gesteckt, man hat die Freiheit der Presse erdrosselt, die freie Meinungsäußerung der Bevölkerung unmöglich gemacht, sagt aber jetzt, dass "die Deutschen" ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen sollten, das schreckliche Schicksal, das in der Nachkriegszeit der Zonenbevölkerung aufgezwungen wurde.

Moskau soll wissen: Die Deutschen in der Zone nehmen ihr Schicksal trotz allem selbst in die Hand. Zu Tausenden sind sie in den letzten Wochen aus der sogenannten DDR geflohen; sie führen eine Abstimmung über ihr und das Schicksal des ganzen deutschen Volkes mit den Füßen durch!

Falls Kommunisten oder ihre Freunde sich im Blick auf das von uns veröffentlichte Zitat Lenins aus dem Jahre 1917 darauf berufen sollten, dieser Mann habe damals "situationsbedingt und aus taktischen Erwägungen" das Selbstbestimmungsrecht der Völker gefordert, verweisen wir darauf, dass derselbe Lenin schon lange vorher rein theoretisch und ohne "taktische Notwendigkeit" das gleiche Prinzip vertrat.

Lenin bezeichnete in seiner Schrift "Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung" (1914) Deutschland als den

"selbständigen deutschen Staat, der im Jahre 1871 endgültig geschaffen wurde".

Soweit Lenin. Aber auch ein anderer, der möglicherweise von den Kommunisten aus der Versenkung herausgeholt werden könnte, in die er von Chruschtschow gestellt wurde, hat sich theoretisch und als Anweisung zur praktischen Politik der kommunistischen Parteien ebenfalls zu dem gleichen Thema geäußert.

Stalin schrieb in "Marxismus und nationale Frage" (1913):

"Die Nation ist ... eine historisch entstandene Gemeinschaft von Menschen."

Im April 1924 erklärt derselbe Stalin in "Die nationale Frage", dass der Leninismus die Konfusion überwunden habe.

"Der Leninismus erweiterte den Begriff der Selbstbestimmung, indem er ihn als Recht der unterdrückten Völker der abhängigen Länder und der Kolonien auf vollständige Losrennung, als Recht der Nationen auf selbständige staatliche Existenz auslegte."

Stalin folgert: "Damit wurde die Möglichkeit ausgeschlossen, Annexionen zu rechtfertigen durch eine Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes als des Rechtes auf Autonomie."

Das sind die sogenannten Klassiker des Kommunismus. Man muss sich fragen, was sie heute sagen würden, wenn sie läsen, was ihr Nachfolger Chruschtschow und sein Statthalter in Lankow dem deutschen Volk zumuten, sofern sie damals selbst das meinten, was sie geschrieben haben.

Hier manifestiert sich die Unehrlichkeit in der höchsten Potenz. Aber um den Völkern der Sowjetunion Angst einzujagen zu können, wird die Bundesrepublik als eine permanente Gefahr für den Frieden dargestellt, als ein "Hort des Faschismus und Revanchismus".

Wir wissen die Realitäten der Gegenwart richtig einzuschätzen und wir meinen, dass die Lösung des Deutschlandproblems im Rahmen der weltweiten Ost-West-Auseinandersetzung gefunden werden muss. Worauf es uns aber heute ankommt, ist, allen jenen die Augen zu öffnen, die da glauben, dass die Noten aus Moskau irgendetwas mit dem zu tun haben, was sich manche Leute früher unter "Kommunismus" vorgestellt haben mögen. Die Sowjetunion ist heute eine Weltmacht. Wenn sie imperialistische Politik machen will, dann soll sie das offen sagen und nicht versuchen, unter dem Deckmantel einer üblichen pseudo-sozialistischen Friedensphrasologie die Annexion der sogenannten DDR auf dem Umweg über die vorherige Fixierung des "Staates DDR" in das Sowjetimperium zu betreiben.

+ + +

Unberechtigter Optimismus

Vereinfachung in der Förderung des Wohnungsbaues steht noch aus
Von Dr. Julius Brecht, MdB

Der Bundesminister für Wohnungsbau hat auf eine parlamentarische Anfrage einiger Bundestagsabgeordneter über die Genehmigung von Bauanträgen für den Wohnungsbau jetzt eine Antwort gegeben, die beruhigend wirken sollte. Die Sachkerner der Materie können diese Antwort nicht als befriedigend hinnehmen. Es wird so getan, als ob es überhaupt keine Schwierigkeiten und Hemmnisse in der Bewilligung von Anträgen für den Wohnungsbau geben würde, und dass wir die beste verwaltungsmässige Regelung auf diesem Gebiet hätten und dass alles zügig und einfach vor sich gehen würde. Mit Recht wird darauf hingewiesen, dass die Durchführung des Wohnungsbaues nach dem Grundgesetz und dem III. Wohnungsbau-gesetz bei den Ländern liegt. Das Wohnungsbauministerium erklärt, dass es fortgesetzt bemüht gewesen wäre, die Länder bei der Beseitigung verwaltungsmässiger Schwierigkeiten und bürokratischer Hemmnisse zu unterstützen und dass dabei verschiedene Massnahmen erfolgreicher gelungen wären.

Das ist eine viel zu optimistische Darstellung, die an den tatsächlichen Verhältnissen glatt vorbeigeht. Sicherlich sind gewisse kleine Verbesserungen in dem ungeheuren Durcheinander und in den perfektionistischen Verfahren in der Wohnungsbauförderung erreicht worden, aber was hier an Verbesserungen erreicht worden ist, ist jeweils durch andere Erschwernisse und neue vielfache Zersplitterungen wieder überdeckt worden. Es sind zwar vor Jahren einheitliche Förderungsbestimmungen der Länder zustande gekommen, aber diese sind längst durch zahlreiche Einzelerlasse in den Ländern und durch fortgesetzte Abänderungen der Förderungsbestimmungen wieder unheitlich und zum Teil gegensätzlich geworden.

Es gibt kaum ein grösseres Sachgebiet mit jeweils gleichen Sachverhalten, das so ungleich behandelt wird wie die Bewilligung und Durchführung von Wohnungsbau-massnahmen.

Seit der Aufstellung einheitlicher Förderungsbestimmungen ist das Finanzierungssystem und die Finanzierungsmethodik geändert worden, aber diese Änderungen werden keineswegs, nicht einmal annähernd gleichbehandelt. Aus der Kapitalsubvention wurde eine Mischsubvention mit Aufwendungsbeihilfen, Zinszuschüssen und ähnlichen aber unterschiedlichen Regelungen. Das geht soweit, dass nicht einmal mehr die Bezeichnungen dieser verschiedenen Unterstützungsformen gleich sind. Das ist von Land zu Land unterschiedlich. Ausserdem sind aber die Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen diese einzelnen Mischformen gegeben werden, ferner wie gross der Anteil der Kapitalsubvention und in anderen Fällen der Anteil der Zinszuschüsse und der Aufwendungsbeihilfen ist, völlig unterschiedlich. Es gibt auf diesem Gebiet fast überhaupt keine Einheitlichkeit. Es ist also doch sehr merkwürdig, wenn 1961 in einem ministeriellen Bericht an das Parlament auf die nur ehemals einheitlichen und inzwischen längst weit auseinandergehenden Förderungsbestimmungen hingewiesen wird.

Es ist auch den beteiligten Stellen unter der Führung des Wohnungsbauministeriums bisher nicht gelungen, die ungewöhnlich auseinandergehenden Regelungen und Bestimmungen über Bürgschaften zu vereinheitlichen und - was noch, viel wichtiger wäre - zu vereinfachen.

Zweifellos wird es bei der Finanzierungstechnik und im Bürgschaftsverfahren in den einzelnen Ländern stets gewisse Unterschiede geben, aber eine wesentliche Vereinfachung der Bürgschaftsregelung ist längst erforderlich. Selbst die Grundfrage, welche Art Bürgschaft übernommen wird, ob eine einfache, eine Ausfall- oder eine modifizierte Ausfallbürgschaft ist völlig unterschiedlich und keineswegs einheitlich.

Vor allem aber sind durch die Regelungen über Mietbeihilfen die ehemals gegebene Einheitlichkeit der Förderungsregelung durcheinandergeraten.

Der Wohnungsbauminister hat selbst in den Beratungen vor einigen Wochen tief beklagt, dass die im II. Wohnungsbaugesetz gegebenen Möglichkeiten über Miet- und Lastenbeihilfen überhaupt nur in einigen Ländern angewendet werden, in anderen Ländern dagegen nicht. Schon daraus ergab sich ein ungewöhnliches Mass an Verschiedenartigkeiten, und zwar trotz der Erlasse und Verordnungen dazu, die zwar über 200 Druckseiten ausmachen. Auch der Erlass v. 3. 8. 1959 über die Tauschmöglichkeit der Wohnungen in Sonderprogrammen, der in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage gross herausgestellt wird, ist keineswegs in der Praxis so durchgesetzt, dass schon von einer wesentlichen Vereinfachung gesprochen werden kann. Es ist immer noch sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, Wohnungen, die für bestimmte Gruppen gefördert und vorbehalten sind, je nach der echten Bedarfslage auszutauschen.

Tatsächlich gibt es bei der Beantragung und der Bewilligung öffentlicher Förderungsdarlehen der verschiedenen Arten und Systeme eine solche Unsumme überperfektionistischer Verwaltungsarbeit und gegensätzlicher Erschwernisse, dass dieses System nur noch von ganz wenigen Personen durchschaut wird. Selbst anerkannte Fachleute haben es aufgegeben, die Vielfalt und die Gegensätzlichkeit der unterschiedlichen Regelung gleicher Sachverhalte noch voll zu erfassen. Eine radikale Vereinfachung aller Förderungsmassnahmen ist unbedingt notwendig. Das kann nicht nur auf verwaltungsmässiger Ebene herbeigeführt werden, sondern bedarf zweifellos der gesetzgeberischen Unterstützung. Hier kommt also auch auf den neuen Bundestag eine besondere Aufgabe zu. In einer Novelle oder einer Änderungsgesetz zum II. Wohnungsbaugesetz oder besser in einem neuen III. Wohnungsbaugesetz wird für die weitere Zeit auf eine ganze Reihe von Einzelregelungen und Einzelbestimmungen völlig zu verzichten sein. Man sollte zu dem System kommen, das von sozialdemokratischer Seite immer wieder vertreten worden ist, nämlich einfach, dass der Bund seine Förderungsmittel jährlich in einem einzigen Betrag den Ländern zuteilt, und dass die Länder diesen ihren Bewilligungsstellen ebenfalls in einem Betrage weitergeben. Sowohl der Bund im Verhältnis zu den Ländern als auch die Länder im Verhältnis zu den Gemeinden sollten dann bei der Weitergabe des Betrages lediglich bestimmen, wieviel soziale Wohnungen mit diesen Mitteln innerhalb der Gemeinde in dem kommenden Jahre errichtet werden müsste. Es müsste dann den Gemeinden überlassen werden, wie dies verwirklicht wird, in welchen Grössen, in welchen Wohn- und Nutzungsformen und mit welchen Bauherren. Die Zuteilung weiterer Mittel in den folgenden Jahren könnte dann von dem praktischen Erfolg dieser vorangegangenen Förderung abhängig gemacht werden.

Bundestreffen der Seliger-Gemeinde in Regensburg

Zum Treffen der Seliger-Gemeinde vom 18. bis 20. August in Regensburg haben sich zahlreiche Teilnehmer aus der Bundesrepublik und aus dem Ausland angemeldet. Das Treffen wird zweifellos zu den grössten internationalen sozialistischen Veranstaltungen dieses Jahres zählen. Neben den starken Gruppen sudetendeutscher Sozialisten aus Kanada, England, Schweden, Norwegen und Österreich nehmen massgebliche Politiker aus vielen Ländern an diesem Treffen teil.

Am Montag, dem 14. August 1961, wird um 20 Uhr in Regensburg eine Ausstellung von Dokumenten aus der Geschichte der sudetendeutschen Arbeiterbewegung unter dem Motto "Weg zur Freiheit und Demokratie" eröffnet. Im gleichen Haus stellt der bekannte sudetendeutsche Maler Georg Trapp, der einige Jahre seines Lebens in Hitlers Konzentrationslagern zubrachte und heute in Schweden lebt, seine Graphiken aus. Am Donnerstag, dem 17. August 1961, ebenfalls um 20 Uhr, hält Prof. Dr. Kurt Glaser von der Universität Chicago einen Vortrag über das Thema "Die deutsch-amerikanischen Beziehungen".

Diese beiden Veranstaltungen leiten das Treffen ein. Die Bundesversammlung der Seliger-Gemeinde wird am Freitag, dem 18. August 1961, vormittags um 10 Uhr im Kepplerbau zu einer internen Arbeitstagung mit Neuwahlen zusammentreten. Nachmittags um 14 Uhr beginnt der öffentliche Teil der Bundesversammlung mit Begrüssungsansprachen von Emil Fürgler, Zürich, dem Vertreter der Schweizer Sozialdemokratie, und Niels Mathiesen, dem politischen Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, Viktor Reuther, Vorstandsmitglied der amerikanischen Gewerkschaften, und Richard Reitzner, MdB, werden dann zum Thema "Die Herausforderung der kommunistischen Welt" sprechen.

Die Bayerische Staatsregierung hat die besondere Bedeutung dieser Tage erkannt und gibt in Regensburg für die ausländischen Gäste am Abend des Freitags einen Empfang. Ausserdem wird am gleichen Abend noch eine sozialpolitische Arbeitstagung der Seliger-Gemeinde stattfinden. Einer der Höhepunkte des Treffens wird die feierliche Eröffnung im Neuhauseaal am Samstag, dem 19. August 1961, 10 Uhr, sein.

Ernst Paul, MdB., wird die Gäste begrüssen und von den ausländischen Freunden werden Sven E. Beckius, Sekretär der schwedischen Sozialdemokratischen Partei, C.R. Crossland, Labour-Abgeordneter des britischen Unterhauses, Per Morsen, Chefredakteur der norwegischen Zeitung "Arbeiterbladet", und Oskar Helmer, der ehemalige Innenminister der Republik Österreich, das Wort ergreifen. Ausser ihnen werden der Oberbürgermeister der Stadt Regensburg, Rolf Schlichtinger, MdB., Vertreter des Parteivorstandes der SPD, der Landesregierung und der Bundesregierung sprechen.

Am gleichen Nachmittag um 15 Uhr treffen sich die ehemaligen Opfer des Nationalsozialismus im Antoniusaal. Roman Wirkner, Präsidialmitglied der Seliger-Gemeinde, wird diese Veranstaltung leiten. Von den internationalen Gästen sprechen dort Valentin Reuther, USA, und der holländische sozialistische Abgeordnete Franz Johannes Goedhart.

Den Höhepunkt des Treffens bildet die am Sonntag, vormittags um 10,30 Uhr, am Dachauer Platz stattfindende Kundgebung. Es sprechen dort Willy Brandt, Viktor Reuther, USA, Olof Palme, persönlicher Referent des schwedischen Ministerpräsidenten und Mitglied des Reichstages, John Hynd, Labour-Abgeordneter des britischen Unterhauses sowie ehemaliger Deutschlandminister, und Wenzel Jaksch, MdB., Präsidialmitglied der Seliger-Gemeinde.

In den Nachmittagsstunden treffen sich die Teilnehmer auf dem Sportgelände und in den beiden grossen Sporthallen auf der Donauinsel.

+ + +

Ein Sieg des Kommunismus?

sp - Wieder einmal hat die sowjetrussische Raumfahrttechnik eine faszinierende Glimleistung vorzuweisen. Die Bewunderung der Welt gilt dem Astronauten German Stepanowitsch Titow, und den Wissenschaftlern, die diese technische Grossstat ermöglichten. Weltraumflüge sind kein Traum mehr, sie gehören zur Wirklichkeit der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts. Dass die Russen es sind, die hier Pionierleistungen vollbracht und vollbringen, spricht für ihre im Westen lange Zeit verkann- te technische und wissenschaftliche Begabung. Das kommunistische Regime fördert diese Begabung, es konzentriert alle Energien eines gewaltigen staatlichen Machtapparates auf Wissenschaft und Technik. Hier könnte der Westen einiges lernen und nachholen. Aber sprechen diese imponierenden Leistungen für die Güte und Qualität des Kommunismus als Gesellschaftsordnung? Die Machtheber des Kreml und ihre An- und Nachbeter sagen dies zwar, vergessen jedoch, dass auch zu anderen Zeiten wissenschaftliche und technische Grossleistungen unter Gesellschaftsformen vollbracht wurden, die inzwischen untergegangen sind. Die Entdeckung Amerikas besagte nichts über die Qualität der damaligen spanischen gesellschaftlichen Verhältnisse. Weidlos sei den Sowjetrussen ihr zweiter gelungener Astronautenflug zugestanden, ihre politische Führung möge jedoch nicht daraus folgern, nun den Kommunismus als Heilslehre auch anderen Völkern aufzwingen zu wollen. Wie es damit bestellt ist - was seine Ausstrahlungskraft angeht - dafür ein recht bezeichnendes Bild. Der sowjetzonale Rundfunk berichtete laufend über den Flug und über das Befinden des Astronauten. Extrablätter wurden zu vielen Tausenden unter die Sonntagsausflügler in Ostbelgien und die angrenzenden Gebiete verteilt. Sie bezeichneten diesen Flug als einen Tag des Triumphes für den Kommunismus und - Welch ein Gedankensprung - für einen "Beweis der Realisierbarkeit des neuen Parzeiprogramms der KPdSU!" Ein Beweis? Herr Ulbricht hat seit 15 Jahren die Möglichkeit zu beweisen, welche Segnungen das kommunistische Regime auf deutschem Boden für die davon betroffenen Menschen bereit hält. Alle Welt kennt den "Erfolg". An dem Tage, an dem der Astronaut Titow 18 mal die Erde umkreiste und kommunistische Grussbotschaften an die Völker Afrikas sandte, flihen mehr Menschen aus der Zone nach Westen als in den Jahren zuvor. Diese Tatsache hat wohl für das Wohl und Wehe der Menschheit mehr Gewicht als der gelungene Weltraumflug.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel